

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
Büch (Schweiz).
Verlag
Bollschuchhandlung
Höttingen, Zürich.
Bestellungen
Franko gegen frante
Geldschliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Abonnements

werden bei allen Schweizerischen
Postanstalten, sowie beim Verlag
und dessen bekannten Agenten
entgegengenommen, und zwar zum
voraus zahlbaren
Vierteljahrspreis von
Fr. 2.— für die Schweiz (Kontingent)
Fr. 3.— für den Ausland (Kontingent)
Fr. 1.70 für Oesterreich (Kontingent)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Kontingent).

Inserate

die besterhaltenen Platzteile
25 Cts. — 50 Cts.

N. 9.

Donnerstag, 28. Februar

1884.

Avis an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat.“

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, wird verfolgt und die dortigen
Verbreiter als die Mörder, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erleichtern, resp. Briefe von dort an uns
und unsere Zeitungs- und sonstigen Expeditionen nach dort abzulassen, so ist die künftige Vertheilung im Postverkehr notwendig und
dort keine Rücksichtsmöglichkeit verläßt werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt
der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützigen Hauptforderung ist hierzu einzurichten, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unbedenkliche
Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber daß
auch uns möglichst vorläufiger Zustellungsbefehl mitgeteilt werden. In geschäftlichen Fällen empfiehlt sich druckschwerere
Sicherheit Antragsanträge. Sowie an uns Briefe, werden wir gemäß unserer Mühe nach Rechen (sowenig) um trotz aller entgegen-
stehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteigenossen!

Der Zusammentritt des Reichstags nöthigt die Vertreter
unserer Partei, auf längere Zeit in Berlin anwesend zu sein.
Ein solcher Aufenthalt kostet Geld. Und obgleich die Ent-
schädigungen auf das Äußerste bemessen sind, so daß jedem
einzelnen unserer Vertreter noch materielle Opfer auferlegt
werden, die vorhandenen Mittel reichen nicht zur Deckung der
Kosten.

Wir richten deshalb an Euch die Aufforderung, unverzüglich
Sammlungen für den

Diätenfonds

zu veranstalten und die Beträge an die Parteivertretung ein-
zusenden. Ueber die eingesandten Gelder wird im „Sozial-
demokrat“ quittirt.

Parteigenossen! Wir erwarten, daß Ihr Eure Pflicht
thut!

Die Redaktion und Expedition
des „Sozialdemokrat“.

Fonds zur Unterstützung der Opfer des Sozialistengesetzes.

Im Dezember gingen ferner ein:
Schwerin Karl 20.— (davon M. 12.— „geschwänzte Dombaufonds“).
Hamburg 85.—, St. Johann 5.—, Ernstthal 2.—, Biegnitz 8.—, Sprem-
berg 6.50, Potsdam 22.50, Glaucha 6.50, St. Johann 7.50, Hems-
lingen 12.50, Postersstein 4.50, Sera 12.50, Pforzheim 9.—, Zürich
30.—, Rittershausen, von zwei Anzriedenen 12.—, Brandenburg, Ueber-
schuß v. e. Nr. 30.—, Brandenburg, i. U. B. gef. 20.—, Nürnberg
55.18, Verden 17.50, Erfurt, „Das Banner hoch!“ 25.—, Queblin-
burg 9.—, Dresden IV., V. und VI. sächs. Reichstagswahlkreis 100.—, Alten-
burg 4.—, Pfortzheim 50.—.

Im Januar gingen ein:
Königsdorf M. 8.—, Remscheid 3.—, Reichenbach i. B. 5.—, Saarben
6.25, Schleswig 2.70, Ederförde 2.25, Kiel 10.—, Neumünster 6.—,
Saarben 2.75, Rendsburg 4.25, Ederförde 1.—, Saarben 7.25,
Rendsburg 5.25, Ederförde 2.75, Saarben 25.—, Rainy 100.—,
Brandenburg 12.50, Greiz 12.50, Ragdeburg 8.40, Rassel 20.—,
Erfurt 5.—, Hamburg 105.—, Plauen i. B. 20.—, Görlitz 24.25,
Juidau 22.50, Brandenburg 40.—, Budau d. B. i. R. 50.—, Queblin-
burg 4.—, Schwabach 4.—,
Erfurt, „Das Banner hoch!“ 25.—, Halle 40.—,
Johann Ungenannt 895.—, Wolfenbüttel 5.—, Braunschweig 60.—,
Reichenbach i. B. 50.—, „Kugelh“ Leipzig 6.—, Pirna 25.—, Chicago,
S. Kaiser u. Genossen 64.—, Deutscher u. Comp. Genf 140.—.

Im Dezember 83 gingen ferner ein:
„Rother Holländer“ S. M. 3.—, D. R. Daag: (Fr. —, 70) M. —, 56.
R. Renan: (Fr. 1.—) M. —, 80. Turneraktion des deutschen Vereins
Eintucht Zürich: (Fr. 5.—) M. 4.—.

Im Januar 84 eingegangen:
K. B. Antwon: (Fr. 2.20) M. 1.76, Gr. u. Schl. hier: (Fr. —, 29)
M. —, 23. Sommerfeld: M. 6.—, Korbischer: M. 5.—, Ch.
Pommer Almeida: M. 3.64, Hanau: M. 100.—, E. R. S.: (Fr. 4.—)
M. 3.20, R. S. Frauenfeld: (Fr. —, 20) M. —, 16. E. R. S.:
M. 1.—, Königsberg: M. 50.—, Kommun. Arb. Bildungverein
London: (Fr. 201.60) M. 101.28, Ertrag d. Weihnachtsoberlofung,
S. F. S.: (Fr. 1.30) M. 1.04 für eine Tasse Kaffee; durch Gen. P.
K... I. B. gesammelt: (Fr. 12.—) M. 9.60; Buenos-Aires: (Fr. 62.—)
M. 49.60 von den P.-Gen., Arbeiterbildungsver. Amsterdam: (Fr. 6.75)
M. 5.40, vom Neuen Sozialdemokrat Ch.: M. 3.—, Vodernde
Piaume: M. 2.—, vom Generalstab in Götting: M. 30.—, Roth-
tragen a. d. Elbe: M. 5.—, Landesauschuß deutscher Sozialisten
in der Schweiz: (Fr. 300.—) M. 240.—, Beiträge pr. 4. Qu. 83,
P.-Gen. Turin: (Fr. 18.50) M. 14.80, Rathenow: M. 3.—, Fr.
500: M. —, 75. Gen. im Zwieshof Zürich: (Fr. 2.—) M. 1.80,
P.-Gen. Großsch: M. 9.70, Freiburg i. Sch.: M. 10.—, Neu-
wirthshaus S.: M. 1.—, Deutscher Arbeiterverein Glasgow: M. 40.—,
Dlwg. Amre: (Fr. 5.44) M. 4.36, Schwarzer Laugenschicht: M. 1.15,
vom Diden in München: M. 1.10, Die gemäßigten Piedstharer:
M. 1.50, Heims Palmyra: (1 Doll. Fr. 5.10) M. 4.08, von einem
Schweizer Arbeiter durch U.: M. 1.60.

Zusammen: M. 3185 09.

Agitationsfonds.

B. Hrl.: (Fr. 3.30) Karl 2.64; Dhr. Ber. Winterthur (Fr. 50.—)
40.—, Parteibeitrag pr. 3. u. 4. Qu. 83. Oldenburg M. 10.—, Pariser
Genossen (Fr. 100.—) 80.—, Quartalsbeitrag 4. Qu. 83. Ungenannt
Buenos-Aires: (Fr. 100.—) 80.—, J. Singbartl Winona (Fr. 5.12)
4.00, Th. R. Woodards-Landing (Fr. 1.15) —, 32. Mehrere Cigaretten-
arbeiter v. Osterreich Shop New-Haven (10 Doll. = Fr. 50.65) 40.52,
Der verrückte Politiker München (Wsp. 1.— und M. 5.—) 6.66, Partei-
beitrag pr. 4. Qu. 83 Kopenhagen (Fr. 10.70) 8.56.

Zusammen: M. 278, 39.

Allgemeiner Wahlfonds.

R. Renan (Fr. 1.—) Marx —, 80. „Bund Stark im Recht“ in New-
York (24 Doll.) 97.20 für den Wahlkreis Frankfurt a/M. Prof. Schmirr.
München 12.—.

Zusammen: M. 110, —.

Der Sturm auf die Hilfskassen.

Die Arbeiter Deutschlands wandeln den so vielgeschmähten
und ihnen so schwer gemachten gesetzlichen Weg, das heißt, sie
betrachten die Gesetze als eine Waffe, von der man Gebrauch
machen muß, so gut es geht. Sie wären Narren, wenn sie das
nicht thäten, wenn sie von dieser Waffe keinen Gebrauch
machten, weil dieselbe von den Feinden geliefert oder weil sie
nicht scharf genug ist: als ob deren Gebrauch es ausschließen
würde, daß man sich daneben noch schärfer bedient. Selbst in
dem schlechtesten Gesetze wissen die deutschen Arbeiter noch einen
Anfangspunkt zu entdecken, um es für sich auszunutzen. Die Pfeile,
welche die herrschenden Klassen gegen sie abhießen, sie treffen
den eigenen Schützen.

So ist es auch mit der Krankenversicherung gegangen,
einem der elendesten gesetzgeberischen Machwerke, welches keinen
anderen Zweck hatte, als die unbotmäßigen Industriearbeiter
vollends unter die Fuchtel zu bringen, also das Fortzuführen, was
das Sozialistengesetz begonnen.

Aber die Arbeiter sind schlauer als die ganze gesetzgebende
Sippe: statt in passivem, ohnmächtigem Trost die neue staats-
sozialistische Quacksalberei zu ignorieren, haben sie sich vielmehr
mit aller Kraft auf sie geworfen, haben den Kassenzwang zur
Förderung der freien Hilfskassen verwendet, und so der Aus-
führung des Gesetzes eine Wendung zu geben gewußt, daß den
Gesetzgebern angst und bange wird. Die Hilfskassen sind im
Begriff, zu einer mächtigen Organisation der deutschen Arbeiter
anzuwachsen, welche sich vielleicht bald den berühmten englischen
Gewerkschaften würdigen kann.

Das haben die Herren, welche das Krankenversicherungsgesetz
gemacht haben, nicht gewollt: nicht die Versicherung, sondern
die Botmäßigkeit des Arbeiters war ihr Ziel, und nun ent-
wischen dieser der Schlinge, die man ihm gelegt, und windet sich
einen Strick aus derselben, eine Geißel, die allerdings nicht, wie
die bekannte, zur Verjagung der Krämer und Wechler aus dem
Tempel dienen wird, aber doch stark genug sein dürfte, manchen
frechen Patron abzuwehren. Dem muß man natürlich entgegen-
treten.

Es ist wahr, die Hilfskassen sind ebensowenig, wie die eng-
lischen Gewerkschaften, revolutionäre Körperschaften; sie sind
neutral, ja sie können unter Umständen sogar, wie in England,
zu einer konservativen Macht werden: aber sie verleihen
dem Arbeiter eine größere Selbstständigkeit, und
das genügt, das Todesurtheil über sie auszusprechen. Die ganze
Meute der Besitzenden, vom Antisemiten und Agrarier bis zum
Freihändler und Fortschrittler, fällt jetzt über die Hilfskassen her,
kaum daß sie in's Leben getreten; diese sind jetzt zu einer Ge-
fahr geworden, weil die Arbeiter, statt sich in revolutionären
Tiraden zu ergehen, die Niemandem schaden und nur den Or-
dnungsanatikern nützen, sich auf gesetzlichem Boden bewegten
und nur so frei waren, das Gesetz, das gegen sie gemacht
worden war, für sich auszunutzen.

Kaum kann es deutlicher zu Tage treten, als durch den jehi-
gen Sturm auf die freien Hilfskassen, wie unerhlich
die Sozialreform von allen Parteien der Besitzenden gemeint ist,
und wie systemlos, in's Blaue hinein, die Gesetzesfabrikation im
deutschen Reichstag betrieben wird. Die ganze erst jüngst ge-
schaffene Versicherungsgesetzgebung will man jetzt durch Ergän-
zungsgesetze wieder umstürzen, die freien Hilfskassen sollen
vernichtet werden; und bereits haben die Behörden den
Feldzug gegen dieselben eröffnet, neue Hilfskassen kommen über-
haupt nicht mehr auf.

Die Heuchelei des staatssozialistischen Humbug ist dadurch
drastisch gekennzeichnet.

Das Schönste an der ganzen Geschichte ist aber die Thatsache,
daß diesmal auch die Fortschrittler in das staats-
sozialistische Horn blasen. Die fortschrittliche Stadtver-
tretung Berlins hianiert die freien Hilfskassen in jedmöglicher
Weise zu Gunsten der von der Gemeinde abhängigen Ortskassen.
In hülftlicher Weise sucht dies irgend ein fortschrittlicher, im Solde
der Stadtvertretung stehender Schmeck in dem „Organ für Jeder-
mann aus dem Volke“ zu vertheidigen:

„Es ist ein eigenthümlicher Streit,“ läßt er sich ver-
nehmen, „der in diesem Augenblick darüber entbrannt ist,
welcher der beiden Arten von Kassen durch die Arbeiter der
Vorzug zu geben sei. Die eingeschriebenen freien Hilfskassen
entsprechen offenbar dem fortschrittlichen Prinzip, das
in der Forderung der freien Bewegung für den Einzelnen,
der Freiheit der Assoziation für die nach ihrem Berufe zu-
sammengedrenden und der freien Männer würdigen Selbst-
hilfe seinen Ausdruck findet. Die Ortskrankenkassen dagegen
suchen der sozialistischen Theorie von der Staats-, be-
ziehentlich Gemeinde-Hilfe, wenigstens nach einer Richtung
hin, Genüge zu leisten. Gleichwohl werden gerade die letz-
teren von Seiten der Sozialisten auf's heftigste bekämpft
und alle Anstrengungen gemacht, um die Arbeiter von der
Theilnahme an denselben abzuhalten und sie in Masse den

freien Hilfskassen zuzuführen. Eine Erklärung würde dafür
kaum zu finden sein, wenn nicht einerseits das Kranken-
kassengesetz den Gemeindebehörden ein etwas weitgehendes
Vermögensrecht einräumte, und wenn nicht Neuwahlen
für den Reichstag bevorstünden, für welche die Verbände
der freien Hilfskassen eine willkommene Organisation darzu-
bieten vermögen.“

Auf diesen Passus folgt eine verlogene Vergleichung der Orts-
kassen und freien Hilfskassen, die natürlich sehr zu Ungunsten
der letzteren ausfällt. Dann heißt es zum Schluß:

„Daß die Arbeiter durch das Bestehen von Ortskrank-
kassen geschädigt würden, wird wohl Niemand behaupten
wollen. Die Konkurrenz, welche den freien Hilfskassen damit
gemacht wird, liegt offenbar in ihrem wohlverstandenen
Interesse und können wir deshalb dem, was der Magistrat
in seiner Antwort auf die Singer'sche Interpellation in
dieser Beziehung äußerte, nur zustimmen. Er sagte nämlich
darin wörtlich:

„Treten die eingeschriebenen Hilfskassen für Erfüllung
jenes vorbeschriebenen Wohlfahrtszweckes mit den unzu-
förmlichen oder in Gemäßheit des § 16 ff. des Reichsgesetzes
vom 15. Juni 1883 neu zu gründenden Ortskassen in
wirksamen, sachentsprechenden Wettbewerb, so kann uns dies
im Interesse der Beheiligten nur in hohem Grade erwünscht
sein. Dieser Gesichtspunkt kann aber nur durch Erhaltung,
Ausgestaltung und, wo nöthig, Ausbildung der Ortskassen
neben den eingeschriebenen Hilfskassen Verwirklichung
finden.“

Es wäre sehr verlockend, den Blödsinn, der da geleistet wird,
eingehend zu zerlegen, die „sozialistische Theorie“ der Orts-
krankenkassen und das fortschrittliche Eintreten für letztere im
Interesse der freien Konkurrenz! Auch das Denunziations-
stück, daß die Verbände der freien Hilfskassen für Wahlzwecke eine
willkommene Organisation bieten, ist ganz niedlich. Doch das
sind Nebensachen; die Hauptsache, die aus dem Artikel heraus-
leuchtet, ist die: die Fortschrittler waren bisher Verehrer der
freien Hilfskassen, die sie als „Lösung der sozialen Frage“ nicht
genug rühmen konnten; sie waren es so lange, als sie sich ein-
bilden durften, durch diese Lobeshymnen Gimpel auf den Mar-
schirischen Leim locken zu können, als sie hoffen durften, dadurch
die Arbeiter einzuschläfern und dem Klassenkampf zu entfremden.
Jetzt sind ihnen aber die freien Hilfskassen über den Kopf ge-
wachsen, Märchen Hirsch und Anhang sind in der steigenden
Fluth politisch ertrunken, die Arbeiter gehen selbstständig vor, frei
von der Vormundschaft der fortschrittlichen Fabrikanten — da
hat es auch mit den „Prinzipien“ dieser Herren ein Ende, und
sie greifen, gleich der „Reaktion“, zum Staatssozialismus
als willkommenem Mittel, den Arbeiter wieder zur Botmäßigkeit
zurückzuführen.

Dieselben Leute, welche die Konkurrenz der Straßburger staats-
lichen Tabakmanufaktur gegenüber dem Privathandel nicht genug
verdammen konnten, schwärmen jetzt für die „Konkurrenz“ zwischen
den Ortskassen und den freien Hilfskassen! Staats-
sozialismus und Fortschritt —

„In den Armen liegen sich Beide
Und weinen vor Schmerzen und Freude!“

Diese rührende Verpöndung zwischen Staatssozialismus und
Fortschritt ist für beide bezeichnend: Der Fortschrittler
sängt an, für den Staatssozialismus zu schwärmen,
weil er sieht, wie sehr dieser die Ausbeutung
und Unterdrückung des Arbeiters fördert!
Sie sind beide einander würdig — die schönste Illustration
des Satzes von der reaktionären Masse.

Briefe über Logik.

II. Serie. 4. Brief.

Der H. George ist mir nur eine nebensächliche Veranlassung, um
an seinen Mängeln die helleren Begriffe der Volkswirtschaft zu
illustriren, welche wiederum nur als Beispiel dienen, in welcher Art das
Begriffswörterbuch überhaupt kunstmäßig zu operiren hat.

„Die fundamentale Wahrheit“, heißt es im 1. Kapitel, „welche
in allen ökonomischen Reasonnements festzuhalten, ist die, daß die
Gesellschaft in ihrer höchst entwickelten Form nur eine Komplikation
der primitiven Gesellschaft ist.“ ... „Im primitivsten Zustand, den
wir uns denken können, gräbt Jedermann seinen eigenen Acker und
sängt seinen eigenen Fisch.“

Diese Worte bekunden so recht einen gänzlichen Mangel an historischem
Sinn. Wo Jedermann seinen eigenen Acker gräbt und eigenen Fisch
sängt, kann von keiner Gesellschaft die Rede sein. Jede Epinne spint
ihre eigene Netz und schnappt ihr eigene Fliege. Jeder Bir ist sein
eigener Jäger und erlappt seinen eigenen Preis. Der Mensch aber ist
gesellschaftlich und jagt gemeinschaftlich. Seine Gesellschaft entwickelt
die Dekonomie und die Dekonomie entwickelt die Gesellschaft. Das Ge-
schichte machen, das Entwickeln ist beinahe ein Charakteristikum für
den Unterschied zwischen Mensch und Thier. Das geschichtliche Mensch-
thier unterscheidet sich merklich von dem ungeschichtlichen Zustande, wo
jeder seinen eigenen Acker gräbt und eigenen Fisch sängt. Die historisch
erwachsene Dekonomie ist ganz etwas Anderes, unendlich mehr als nur
eine „Komplikation der primitiven Gesellschaft.“
Die primitive Gesellschaft des H. George, wo Jeder ungesellig auf sich

Bärg, 27. Februar 1884.

angewiesen, ist ein Unbeing; sie findet sich weder unter den Regern, noch unter Indianern, noch unter den Barbaren der Vergangenheit.

Die Logik, mein Lieber, die das Eine theilt und das Getheilte eint, befindet sich bei der Entwicklung zu recht in ihrem Elemente.

Die Kapitalisten streiten für die Abkündigung des Arbeitslohnes von der aufgeschickerten Arbeit. D. George behauptet dagegen, daß sich die Arbeit lohne, ohne Aufschickering, wie die primitiven Zeiten beweisen...

Das Ende vom Lied ist dann, daß es ein logischer Fehler ist, die primitive Gesellschaft, die gar noch keine Gesellschaft war, mit der Gesellschaft, die sich entwickelt hat, zusammenzuwerfen.

Der Arbeiter, heißt es am Schluß des 1. Kapitels, welcher 2000 Fuß unter der Erde Silbererz gräbt, ist zugleich beschäftigt, mittels eines tausendfüßigen Astkates, in den Höhlen auf der Erde die Erde einzuforschen...

Der Lohn, sage ich erläuternd zu, verwandelt die Spezialarbeit des Bergmanns in Generalarbeit, dokumentirt dem Arbeiter, daß er kein vereinzelter Mensch, sondern ein Mitglied der ökonomischen Gesellschaft ist.

Obgleich die Geschichte der Sklaverei, ihre allmähliche Uebergang in Leibeigenschaft, Hörigkeit und endlich in freie Lohnarbeit männlich bekannt ist, halten D. George und die Kapitalökonomien doch mit sonderbarer Hartnäckigkeit an der Illusion fest...

Die Historie vom Arbeitslohn ist allerdings alt; aber das gegenwärtige Verhältniß von Lohn und Kapitalprofit ist doch durchaus neu.

Ich will damit sagen, daß D. George sehr unlogisch verfährt, wenn er thut, als sei der Kapitalismus und seine Lohnarbeit von Ewigkeit her.

Im 2. Kapitel behandelt er „die Bedeutung der Löhne“ und ist daselbst speziell den Definitionen der Begriffe Arbeit und Kapital gewidmet.

Nach landläufigem Sprachgebrauch ist mit Lohn eine Entschädigung gemeint, welche einer gedungenen Person für ihre Dienste gezahlt wird, und wir sprechen von einem Lohne, der „für Lohn arbeitet“.

Im politisch ökonomischen Sinne des Wortes ist deshalb kein Unterschied, ob der Ertrag der Arbeit von einem Prinzipal gezahlt wird oder nicht; Lohn meint den Ertrag, welcher für die Anstrengung der Arbeit empfangen wird.

Die Kapitalisten, welche dahin gehen, daß dem Kapitalisten und Landeigentümer vom Wirtschaftsertrage nicht nur ein faktischer Anteil zufällt, sondern ein ewig berechtigter, konstanter, unerschütterlicher Theil.

Der Lohn, die Lohnarbeit, die gekaufte und verkaufte, „freie“ Arbeitskraft ist keine ewige, sondern eine historische Kategorie.

Der Kleinbürger, wenn er mit aufgeschickelter Arbeit und eigenem Grundvermögen schafft, ist deshalb noch kein Kapitalist, kein Landlord

und kein Lohnarbeiter. Diese Kategorien gehören der modernen Konkurrenzwirtschaft an. Letztere ist nicht im Alterthum, nicht im Mittelalter und nicht auf den Inseln des stillen Ozeans, sondern auf dem modernen europäischen Kulturgebiet zur Erscheinung gekommen.

Wir wollen uns die Wirtschaft der Gegenwart erklären, so bedarf es Anwendung der Logik, d. h. gedanktmäßiger Eintheilung.

Da bleibt kein Zweifel, daß der landläufige Sinn des Wortes Lohn, der „eine Entschädigung meint, die einer gedungenen Person für ihre Dienste gezahlt wird“, eine bessere Eintheilung ist, wie der weitere Sinn, den D. George dem Worte zuschreibt.

Zum Schluß; indem ich dem D. George und seinen Vorgängern unsere Terminologie oder Eintheilung als die logische entgegenstelle, will ich damit nicht sagen, daß sie das von Ewigkeit zu Ewigkeit sein wird.

J. Dieffen.

Eine preussische Musterordnungsstrafe.

III. *)

Frankfurt a. M., im Februar.

Unsere beiden vorhergehenden Artikel über unseren Ehren-Bley sind neuerdings die Veranlassung gewesen, daß die von dem Schuhmann Lehmann gegen dieses Subjekt erhobenen Beschuldigungen doch einer etwas ernsteren Prüfung unterzogen wurden.

Hatte doch der nunmehr gedachte Präsident absolut nicht die Absicht, gegen den Verbrecher Bley vorzugehen, und zwar einfach und allein aus dem Grunde, weil derselbe ihm etwas zu viel in die Karten gesehen, vielleicht auch manchmal die Richtung derselben besorgte hatte.

Da erschienen denn zur größten Ueberraschung unsere Artikel in den Nummern 29 und 30. d. Jahres, welche in allen mit der Polizei in Verbindung stehenden Kreisen das größte Aufsehen erregten und die in die Hände der Regierung gelangten.

Die Enthaltungen waren doch zu stark, die Polizei zu gewaltig kompromittirt, ja ein höherer Beamter gebrauchte die Versicherung, das geht aber doch über das Böhnenlied, und so erfolgte denn von Berlin aus die Weisung an die Regierung zu Wiesbaden, daß in Sachen Bley unverzüglich die Untersuchung aufzunehmen sei.

Die Untersuchung wurde nun von Lehmann angegebenen Fälle durch den Adlatus des Polizeipräsidenten, Freiherrn von F u n d, beauftragt, denn derselbe war, wie uns berichtet wird, mit der Führung der Untersuchung betraut; er ließ sich nun vor allen Dingen die in unseren Artikeln genannten, sowie die von Lehmann benannten kommen, welche übereinstimmend bekundeten, daß Bley der Bitter bei ihnen gefressen und gefressen und gelegentlich das Bezahlte vergessen habe.

Kuch die Dienstadt, der er das Kind fabricirt hatte, das indessen bei der Geburt (!) verstorben, wurde eidlich verhört.

Wir können nicht umhin, unserer Bewunderung Ausdruck zu geben, daß man ein solches Individuum immer noch in der Freiheit herumlaufen läßt.

Weiter wäre zu erwähnen, daß eine Anzahl Prostituirte gegen Bley aufmarschirten; eine von ihnen, eine gewisse F ä t h, wohnt bei in der Ansbürgerstraße (Vornheim), erzählt über ihre Bernehmung folgendes, was Bley unsehbar in's Justizhaus bringen muß:

„Ich kam auf den Klößernhof und erklärte dem Untersuchungsrichter, daß ich über Bley nichts auszusagen wisse; ich kenne ihn kaum; ich gab mein Protokoll ab, und nun wurde mir eröffnet, daß ich meine Aussagen beschwören solle.

Eine Anzahl anderer Frauenzimmer machte weit belastendere Aussagen, namentlich wurde festgestellt, daß Bley — wie bereits mitgetheilt — einen gepfändeten Sessel in Verwahrung genommen.

Die Untersuchung, die natürlich sehr geheim geführt wurde und über die lediglich durch die vernommenen Zeugen etwas an die Öffentlichkeit gelangte, ist, wie wir bestimmt erfahren, vorläufig abgeschlossen und die Akten sind an die Regierung gesandt worden.

In den Händen der Staatsanwaltschaft wäre Bley jedenfalls besser aufgehoben gewesen als in denen der Polizei, denn eine Kränze haßt der anderen bekanntlich die Augen nicht aus.

Die rothe Behme.

*) Vergleiche „Sozialdemokrat“ 1883 Nr. 29 und 30.

**) Vielleicht durch das famose „Dynamit-Attentat“?

Die neuesten deutschen Reichsdeputirten, die Volksparteier, haben höllische Angst, es könne ihnen irgend ein böswilliger Gegner noch einen Funken von Mannhaftigkeit zutrauen.

Wir haben das längst gemerkt, und wenn wir den Artikel erwähnen, so ist es nur, weil der Cieranz zu amüsan ist, den der „Beobachter“ ausführt, um seine jezige Bauchsprucherei als echt „demokratisch“ darzustellen.

„Der Ausbruch: „republikanisch“ — so läßt sich der biedere Schwabe vernehmen — bezieht sich lediglich auf die Staatsform, besagt nur, daß kein Monarch an der Spitze des Staates stehen soll; der Ausbruch „demokratisch“ dagegen bezieht sich lediglich auf den Staatsinhalt.

Ist diese kindliche Unwissenheit in Betreff der republikanischen Ansichten der eigenen Parteigenossen nicht rührend? Und die Ahnung, daß nur deren Kinderheit die Republik — nicht etwa anstrebt, das thut keiner der tapferen „Demokraten“ — nein, nur als J d... betrachten!

„Ein Demokrat muß nicht notwendig ein Republikaner und ein Republikaner nicht notwendig ein Demokrat sein“ — letzteres von vorneherein zugegeben — aber daß ein Demokrat nicht notwendig ein Republikaner sein müsse — wer hat Euch das gesagt?

Es geschähe denn, daß auch mancher der deutschen bürgerlichen „Demokraten“ seinerzeit für Napoleon III. geschwärmt und mancher derselben aus dem Troge der „demokratischen“ Monarchie gestiegen.

Es geschähe denn, daß — aus sehr guten Gründen — hysterischer als irgend ein anderes deutsches Reaktionsorgan seit Monaten nach Verlängerung des „Sozialistengesetzes“ schreibt, daß dieser Tage einen Artikel veröffentlicht (in seiner Nummer vom 21. Februar), in welchem es den Wunsch äußert, daß die deutschen Sozialdemokraten das Reichstramentenfingergesetz als Agitationshebel benutzen, für ein durchaus erfreuliches (!) Symptom erkläre, und ausführt, es sei im Interesse der gesunden Entwicklung unserer Verhältnisse notwendig, daß man der Sozialdemokratie freien Spielraum erlaube und sie, in ihrem Bestreben, auf dem Boden der

„Sozialreform“ hingebend, was ein wahrer Glück sei.

Die Erklärung dieser politischen Frontwechsel? Man erinnert sich vielleicht jenes Pallastes im Romane, der — nämlich der Pallaste — urplötzlich Anfälle von Schrecklichkeit und Schwärze bekam.

Wir wissen nicht, ob das „Leipziger Tageblatt“ das werden wird — wir glauben es sogar nicht, denn wir wissen ja, daß „die Dummen nicht alle werden“.

Beim „Leipziger Tageblatt“ scheint dieser Anfallsleidensanfall durch die Furcht vor dem nahenden Uebergang der Welt hervorgerufen worden zu sein.

Der grauhäutige Bismarck hat nämlich noch immer nicht deutlich und auffentlich erklären lassen, daß er das Sozialistengesetz verlängern will, und da das „Tageblatt“ in seiner Nervosität natürlich das Schlimmste vernunft, nämlich, daß der biedere Otto „aus Bosheit“, um den Herren Bourgeois einen agrarisch-demagogischen Streich zu spielen, das Sozialistengesetz nicht verlängern werde; und da die Richterlängerung des Sozialistengesetzes für das „Tagblatt“ und dessen Patronen entschieden das Ende der Welt bedeutet, so ist es erklärlich, daß und warum das arme „Leipziger Tageblatt“ aus Rand und Rand gekommen ist.

Bei Behandlung des Falles Schmidt ereignete sich in der sächsischen Kammer ein recht spasshafter Zwischenfall. Als nämlich Genosse Liebnacht zu den Briefen des edlen Polizeibruderpaares an Freund Schmidt kam, und — die abschwächende Wirkung langer Briefe aus dem Schreibeischen kennend — bemerkte, er wolle die Polizeibrüder an den besagten Ehrenmann nicht berufen, erhob sich plötzlich, erst ein Abgeordneter auf der Rechten und dann noch einer und immer mehr, bis zuletzt zwei Drittel des Hauses standen und Präsident Haberform dem erkrankten Redner ver kündete, die Berlesung sei nicht gestattet.

nachdem durch Aufsehen vom Blase verneint und ist für Berlesung nämlich durch Aufsehen des Präsidenten, beziehentlich der Kammer notwendig und Liebnacht bemerkte lächelnd, er habe ja auch brüchlich erklärt, daß er die Briefe nicht verlesen wolle, und wußte nun, daß die verschiedenen Fraktionen (Hortsgütterler und Nationalliberale mit inbegreifen) sich, in der sicheren Erwartung, er werde die fatalen Briefe verlesen wollen, sich im Voraus dahin verabredet hatten, die — sonst als selbstverständlich ohne jede Abstimmung gestattete — Berlesung nicht zu erlauben.

Die Berlesung Regels in Dresden, schreibt man uns aus Sachsen, ist ein so charakteristisches Ereigniß, daß wir uns noch einmal damit beschäftigen müssen.

Die Verhaftung Regels in Dresden, schreibt man uns aus Sachsen, ist ein so charakteristisches Ereigniß, daß wir uns noch einmal damit beschäftigen müssen.

